

«Deal-omatie» statt Diplomatie: Wie Trumps Aussenpolitik das internationale Genf in eine Krise stürzt

Die Schweizer Diplomatie muss sich auf eine Weltordnung einstellen, in der die Moral kaum mehr eine Rolle spielt. Auch Genf verliert an Bedeutung.

Gina Bachmann, Alain Zucker
22.03.2025, 21:47 Uhr · 6 min

Hören Merken Drucken Teilen

Ein sonniger Vormittag in Genf, vor dem Palais des Nations, dem Genfer Hauptsitz der Vereinten Nationen, schiessen ein paar Touristen Selfies. Sie posieren vor einem riesigen Holzstuhl. Er ist 12 Meter hoch, und er ist kaputt.

«Broken Chair» heisst das Kunstwerk, das der Opfer von Landminen gedenken soll. Doch dieser Tage ist es zum Symbol für den wackligen Zustand der internationalen Organisationen geworden, die Genf berühmt gemacht haben.

Werbung

Das multilaterale System schwächelt, seit die USA unter Donald Trump Milliarden von Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit blockieren. Vergangene Woche gab die Internationale Organisation für Migration bekannt, in Genf 250 Stellen abzubauen. Aus dem Menschenrechtsrat sind die USA ausgestiegen, bald soll die Weltgesundheitsorganisation, ebenfalls in Genf ansässig, dran sein. Nichtregierungsorganisationen haben Massentlassungen angekündigt, weil ihnen das Geld ausgeht.

Niemand weiss, wie weit Trump gehen wird. Mit Putin verhandelt er schon einmal an allen Instanzen vorbei. Der Rest der Welt kann nur noch zuschauen.

Für das stolze, internationale Genf ist das ein Fiasko: Es gilt als Hauptstadt des Multilateralismus, sprich der Zusammenarbeit der 193 Uno-Mitgliedsländer, die auf Basis gemeinsamer Regeln Frieden und Wohlstand fördern sollen. 1863 wurde hier das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gegründet. Heute sind 500 NGO und internationale Organisationen in Genf tätig. Doch zurzeit scheint dieser Multilateralismus so angeschlagen wie der Stuhl vor dem Uno-Gebäude.

Muss sich die Diplomatie, wie sie in Genf betrieben wird, neu erfinden? Und was bedeuten diese Umbrüche für die Schweizer Aussenpolitik, die sich mit ihren Vermittlerdiensten und dem Renommee von Genf weltweit profilierte?

Der Weckruf aus Genf

Ein historisches Gebäude in der Altstadt von Genf, gleich neben der Kathedrale. Hier befindet sich das Büro von Nathalie Fontanet, der FDP-Finanzministerin und Regierungspräsidentin von Genf. Fontanet hat kürzlich einen Seitenhieb gegen den Bundesrat gewagt. Dessen Reaktion auf die Krise des internationalen Genf sei nicht «à la hauteur», sagte sie, «nicht angemessen».

Werbung

Die Kantonsregierung ist bereits selbst aktiv geworden. Sie ist an einer neuen Stiftung beteiligt, welche den Standort Genf ab Sommer mit öffentlichen und privaten Geldern fördern soll. Auch eine Konferenz zur Zukunft des Multilateralismus will Nathalie Fontanet abhalten. «Solidarität, Humanität, Menschenrechte: Darauf beruht die Identität des Kantons Genf», sagt sie. «Was einige vielleicht nicht verstehen: Diese Werte sind auch die Wurzeln der Schweiz.»

Das internationale Genf und seine humanitäre Tradition – es ist eine beliebte Erzählung, eine schöne Erzählung. Aber stimmt sie auch?

Handel statt Menschenrechte

Sacha Zala ist einer der besten Kenner der Schweizer Diplomatie, er leitet die Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz und sagt: Begonnen habe der Aufstieg Genfs mit dem Bürgertum, welches sich vernetzte, um die industrielle Revolution und den globalen Handel zu ermöglichen. Eisenbahnschienen mussten normiert, Standards für Post und Telegrafie angeglichen werden. Genf schaffte es, sich als Zentrum dieser Bemühungen zu etablieren. «Es war ein Zugang zur Macht durch die Hintertür.»

Es ging in Genf also erst einmal vor allem um Handel, nicht um Menschenrechte. Noch heute sind viele der Organisationen mit eher technischem Charakter in Genf ansässig. Sie kümmern sich um geistige Eigentumsrechte oder gemeinsame Kommunikationsstandards. Bezeichnenderweise sind sie von Trumps Kahlschlag nicht betroffen, ihr Nutzen ist für die USA offenbar nach wie vor gross genug.

Zu den oft gepriesenen humanitären Werten passen hingegen die zahlreichen multilateralen Tätigkeiten der Uno, die nach dem Fall der Mauer 1989 versuchte, Menschenrechte und Gleichberechtigung in die Welt hinauszutragen. Der Westen ging davon aus, dass sein Modell zum Vorbild würde.

Werbung

Das war schon damals eine Verklärung der Lage. Während die Agenda der Uno immer umfassender wurde, entwickelte sich die Realität ganz anders. In Russland und anderen autoritären Staaten wie China zerschlug sich die Hoffnung auf demokratischen Wandel. Erst opponierten diese Staaten nur still gegen die oft moralisch motivierte Politik der Uno, später stellten sie sich offen gegen den Westen. Im Uno-System einen Konsens zu finden, wurde schwierig bis unmöglich, an die Stelle der Weltverbesserung trat die Realpolitik.

Die Schweiz versuchte derweil, sich mit ihren Guten Diensten zu profilieren. In der Friedensförderung erzielte man einige Erfolge, etwa beim Bürgerkrieg in Kolumbien. Doch die Guten Dienste und die Erzählung der Schweiz als Friedensstifterin, das war laut Zala vor allem gute Werbung in einer Welt, in der die Schweiz zwischen den immer kompromissloser agierenden Grossmächten lavierte, aber den Gratis-Schutz der Nato genoss.

Die Schweiz erscheint winziger denn je

Der Schock an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar ist da nur der Höhepunkt einer längerfristigen Entwicklung. Der US-Vizepräsident J. D. Vance wirft Europa vor, die Demokratie zu gefährden. Und sagt: «There is a new sheriff in town.» Seither zeigt sich immer deutlicher: Die Sheriffs Trump und Vance machen lieber Deals als Diplomatie. Und zwar mit dem Revolver am Gürtel.

Europas Bedeutung schrumpft. Und die Schweiz erscheint winziger denn je. Was will, was kann sie noch für eine Rolle spielen?

Thomas Greninger ist einer der erfahrensten Diplomaten der Schweiz. Er war Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), heute leitet er das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik. «Jetzt, da die Amerikaner den Multilateralismus infrage stellen, muss die Schweiz sich umso mehr dazu bekennen», sagt er. Und fügt ein Aber an. «Auf grosse, moralische Statements sollten wir verzichten, das beeindruckt die Amerikaner sowieso nicht.»

Werbung

Greninger beobachtet schon länger, dass Diplomatie zu öffentlich ausgetragen werde. Markige Statements seien normal geworden – zulasten von diskreten Gesprächen. Er findet, dass sich die Schweiz nun auf den «Kern der Diplomatie» besinnen solle. «Wir sollten geschützte Räume für vertrauliche Gespräche schaffen und informelle Kanäle nutzen, wenn es sich ergibt.»

Sich zum Guten bekennen, ohne die Bösen zu verärgern.

Wie das in der Praxis der Schweizer Regierung alles zusammenkommt, konnte man diese Woche gut beobachten. Die Staatssekretärin für Wirtschaft, Helene Budliger, flog in die USA, um Kontakte mit der Trump-Administration zu knüpfen und über ein Freihandelsabkommen zu sprechen: bilaterale Interessenpolitik, diskret. Am Freitag traf Gesundheitsministerin Elisabeth Baume und über die WHO: multilaterale Zusammenarbeit und globale Normen stärken.

Das Parlament wiederum entschied, die Zusammenarbeit mit China zu stärken: bilaterale Interessenpolitik, weniger diskret. Es entschied aber auch, ein Darlehen von 40 Millionen Franken an die Internationale Organisation für Migration zu zahlen, die unter Trumps Kürzungen leidet: Multilateralismus und Moral stärken.

Ist da eine Strategie erkennbar? Vielleicht ist es die falsche Frage für ein kleines Land wie die Schweiz. Sie ist von den Launen der Grossen abhängig und kann oft nur situativ reagieren. Und so sprechen unsere Diplomaten deshalb lieber von Opportunitäten als von Visionen.

Genf tüftelt am Multilateralismus 2.0

Lunch-Time im Graduate Institute in Genf, in der Mensa sitzen junge Leute an runden Tischen. Ein Plakat ruft dazu auf, weniger Fleisch zu essen. Leute aus über 100 Nationen studieren hier internationale Beziehungen, sie sind die neue diplomatische Elite. Der Campusvent einer Diversitätsbroschüre entsprungen. Doch werden die Absolventen noch gebraucht, wenn nur noch einige wenige Mächtige über Krieg und Frieden entscheiden?

Werbung

Einige Stockwerke weiter oben hat Achim Wennmann sein Büro. Er ist Professor für Friedensforschung und hat selbst hier studiert. Er ist überzeugt: «Der Multilateralismus kann sich anpassen.»

Wennmann forscht an Reformen des internationalen Systems. Für ihn ist Multilateralismus sowieso auch Interessenpolitik. Beispiel Klimawandel: «Küstenstaaten haben ein massives Sicherheitsproblem, wenn der Meeresspiegel immer weiter steigt.»

Jetzt sei halt ein noch engeres Zusammenarbeiten von nichtstaatlichen Akteuren gefragt. «In Genf findet gerade eine grosse Mobilisierung von Wissenschaft, Banken und der Zivilgesellschaft statt», sagt er. «All diese Akteure sind hier in Genf und können sich auch ohne die USA organisieren.»

Ist das der Plan? Aussenminister Ignazio Cassis scheint derweil andere Prioritäten zu haben. In einem Interview mit der «Schweiz am Wochenende» sagte er, wo er die nächste Chance der Schweizer Aussenpolitik sieht: Kommt es in der Ukraine zu einem Waffenstillstand, muss dieser beobachtet und umgesetzt werden: Hier will sich die Schweiz einbringen. 2026 übernimmt sie die Präsidentschaft der OSZE.

In deren Auftrag war die Schweiz schon beim Beobachten des letzten Waffenstillstands in der Ukraine 2014 federführend. Ob das ein gutes Omen ist?

Ein Artikel aus der «NZZ am Sonntag»